

Sehr geehrtes Amt der Steiermärkischen Landesregierung!

Als Biologe und Umweltwissenschaftler wurde ich kürzlich auf Ihren Verordnungsentwurf und insbesondere auf den diesem zugrunde liegenden "Umweltbericht" aufmerksam gemacht.

Eine grobe Durchsicht ergab jede Menge an fachlichen Fehlern, Ungereimtheiten und vor allem Fehleinschätzungen, was die Einteilung in Vorrangzonen und Eignungszonen betrifft.

Es ist nicht meine Aufgabe, als Biologe kostenfrei Ihre Arbeit zu machen, somit werde ich nur auf einige exemplarische Details eingehen, die stellvertretend zeigen, dass Ihr Verordnungsentwurf unausgegoren und fachlich seicht zu bewerten ist.

Der Verordnungsentwurf ist somit ZUR GÄNZE ABZULEHNEN, da er, und vor allem auch der zugrunde liegende Umweltbericht, nicht den Standards einer ökologisch-umweltwissenschaftlichen Grundlagenuntersuchung entspricht.

Hier nun einige ins Auge springende Details:

BEISPIEL 01

Paragraph 3a ist bereits ein Skandal:

Bisher waren Neubauten in Ausschlusszonen verboten. Nun wollen Sie, Herr Landesrat Hermann, und all die in Verwaltung und Politik Verantwortlichen, explizit Zubauten von weiteren Anlagen in Ausschlusszonen generell erlauben, wenn dort (in den Ausschlusszonen!) bereits Anlagen stehen. Das ist so, wie wenn im strengen Naturschutzgebiet ein korrupter Politiker sich eine Villa hingestellt hat, und die Baubehörde sagt, weil eh schon eine Politikervilla dort steht, können andere Politiker sich ebenfalls daneben ins Naturschutzgebiet ihre Wochenendvillen hinbauen, weil das irgendwie eh schon wurscht sei. Dies ist eine vollkommen absurde Rechtsauffassung, für die Sie, Frau LH-Stv. Manuela Khom (Gemeinden, Regionen), Herr Landesrat Hannes Amesbauer (Umwelt, Naturschutz) und Herr Landesrat Stefan Hermann (Regionalentwicklung) künftig gerade stehen müssen. Die Perpetuierung und bewusste Ausweitung einer Bewilligung in einem Ausschlussgebiet geht erstens politisch gar nicht (sofern man nicht gezielt unser Heimatland zerstören will), sondern ist zweitens auch juristisch extrem dubios und eine fragwürdige Rechtsauffassung.

Ich ersuche zu Paragraph 3a um eine offizielle Stellungnahme, entweder im Namen von LR Hannes Amesbauer, oder im Namen von LR Stefan Hermann, wie man diese Formulierung begründen will:

"In Ausschlusszonen ist die Errichtung von Windenergieanlagen unzulässig. Ausgenommen davon ist die Errichtung von Windenergieanlagen im unmittelbaren Anschluss an bestehende, in Ausschlusszonen gelegene Windenergieanlagen." - Ganz nach dem Motto: "Wir als Gemeinde oder als Landesregierung haben dort eh schon zerstört, also zerstören wir munter weiter, in noch größerem Ausmaß!"

BEISPIEL 02

Auffällig ist die geänderte Schutzformulierung für Weitwanderwege und Schutzhütten, also für ein Kultur- und Naturgut, für das Österreich berühmt und beliebt ist, mit seiner landschaftlichen (gefährdeten) Einzigartigkeit.

Bisher hieß es, bei einer UVP müsse sichergestellt werden, dass dauerbewirtschaftete Schutzhütten und Weitwanderwege in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden (nämlich durch die Windkraftanlagen). Das ist zwar schwammig formuliert, aber besser als gar nichts.

In der neuen Version werden, soweit ich sehe, die Weitwanderwege (ein Schutzgut für Tourismus und Naturerleben) gar nicht mehr erwähnt. Windkraftanlagen (die ja extrem hoch und weithin

sichtbar sind) dürfen weiterhin bis auf 700 Meter an Schutzhütten herandrängen. Das klingt nach viel, ist jedoch bei 150 oder 200 Meter hohen Großanlagen sehr wenig - egal ob man sich auf das Landschaftsbild bezieht, oder auf die im Windschatten weithin verteilten Abriebpartikel aus Kohlefaser-Verbundkunststoff ("Mikroplastik"), oder auch auf andere Schadwirkungen, die Ihnen ja bekannt sind. Warum die Windkraftanlagen bei Wohnhäusern 1000 Meter Abstand halten müssen, bei (dauerhaft bewohnten!) Schutzhütten hingegen dieser Abstand (bisher und künftig) nicht nötig ist, muss man als eine juristische Ungleichbehandlung werten, die auf einer dubiosen Rechtsauffassung beruht.

BEISPIEL 03

Paragraph 3b enthält eine vollkommen indiskutable Formulierung! Unter Punkt 2 wird gefordert, dass Anlagenstandorte, Wegeerrichtung, Manipulationsflächen etc. so errichtet werden sollen, dass die Beanspruchung hoch sensibler Bereiche (so wörtlich) "vermieden wird". Das ist eine Gummiparagraph-Formulierung. **Die Beanspruchung hoch sensibler Bereiche muss VERBOTEN sein, nicht "vermieden werden".** Ich brauche Ihnen den Unterschied nicht erklären? Wenn Politiker einem befreundeten korrupten Investor im Naturschutzgebiet ein Projekt erlauben und sagen, er solle allzu große Naturzerstörungen "eher vermeiden", so ist dies etwas GRUNDLEGENDE ANDERES, als wenn Sie sagen, dass die Naturzerstörungen "verbieten" ("unzulässig") sind.

Diese Formulierung riecht geradezu nach Korruption und Naturzerstörung. Wenn diese Formulierung so bleibt, dann wird man vielleicht in der Zukunft einmal LH-Stv. Khom, LR Amesbauer und LR Hermann in Untersuchungsausschüssen befragen müssen, ob sie nicht gewusst haben, was die Juristen und Juristinnen der Abteilung 13 hier für "juristische Eier", sprich Gesetzeslücken, gelegt haben - völlig indiskutable Gummiformulierungen.

Nun ist es durchaus möglich, dass ein Politiker, der als Berufspolitiker oder in der Erwachsenenbildung tätig war (Khom), oder als Facharbeiter (Amesbauer), solche Feinheiten nicht bemerkt. Bei einem Juristen wie LR Hermann ist dies schon ungewöhnlicher. **Hochfragwürdig ist jedoch, dass die der Politik zuarbeitenden Juristen der Abt. 13, Dr. Stephan Wisiak, Mag. Andrea Teschinegg, Mag. Gerhard Rupp, etc. eine solche Formulierung ausgearbeitet und zugelassen haben. Sie alle müssen für die offensichtliche Schaffung von solchen "neuen" Gesetzeslücken verantwortlich gemacht werden, da sie als Juristen erkennen müssten, dass dies ein gezieltes Loch in der Gesetzgebung ist, das der Naturzerstörung Tür und Tor öffnet!**

BEISPIEL 04

Die Unterlagen mit den Spezialkarten sind extrem unübersichtlich gestaltet: Bei den Anlagen auf Seite

<https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/13013100/74836203/>

ist es mühsam, die richtige Karte für ein spezielles Gebiet herauszusuchen.

Immerhin sind die Karten im Umweltbericht

https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/13013100_74836203/8801e3d6/Umweltbericht.pdf

halbwegs übersichtlich gestaltet.

BEISPIEL 05

Der Umweltbericht verwendet für die Eignungszonen ein Hellgrün und für die Vorrangzonen ein auch ziemlich helles Mittelgrün. Hier hätte man besser arbeiten können. Die Leute der Abteilung 17, Landes- und Regionalentwicklung, unter DI Harald Grießer sind ja Profis und sollten das besser können.

BEISPIEL 06

Im Umweltbericht sieht man eine sehr starke Fokussierung auf Höhenzug- bzw. Gipfelbereich-orientierte Windkraft-Projektförderung. Seite 46 zeigt die Neufestlegung von Vorrang- und von Eignungszonen. Gerade Gipfelregionen und Höhenzüge im Mittelgebirge sind besonders sensibel, was das großräumige Landschaftsbild, das Naturerlebnis betrifft. Genau dort haben Menschen, die sonst in unserer zerstörten Umwelt den Bezug zur Natur verlieren, noch das Erlebnis einer bisher von Technik und Baumaßnahmen unberührt wirkenden Alpenlandschaft genießen können. Wenn nun Sie, als Politiker, diese Höhenrücken teilweise als Vorrangzonen vorschlagen, so wirken Sie mit bei der stückweisen Zerstörung der Steiermark in ihrer bisher noch größtenteils erhaltenen landschaftlichen Schönheit.

Gipfelregionen sind auch besonders heikel, was die Flugrouten von seltenen und gefährdeten Greifvögeln betrifft. Die Lobbyisten von Windkraft-Konzernen erzählen oft den Mythos, dass die Katzen ja mehr Vögel fressen, als Vögel von Windkraftflügeln erschlagen werden. Dies ist natürlich bewusst irreführend, da man Vögel nicht einfach als "Zahl" nehmen kann - die Greifvögel im Bereich der Alpengipfel sind als Beutegreifer mit großem Revier von Natur aus wesentlich seltener - und durch verschiedene Ursachen inzwischen noch viel seltener geworden als vor 50 oder 100 Jahren. Nicht nur im Feld- und Wiesenbereich

<https://www.birdlife.at/artikel/oesterreichs-feld-und-wiesenvoegel-weiterhin-im-tiefflug/>

ist der Rückgang der Vogelwelt schwer beunruhigend, sondern auch im alpinen Bereich ist Vorsicht angesagt. Schutzmaßnahmen haben zwar teilweise Erfolge gezeigt, trotzdem darf man diese Erfolge nicht schmälern durch Vogelschlag im mittelialpinen Bereich.

BEISPIEL 07

Am Beispiel Vorrangzone Eisnerkogel (Umweltbericht Seite 49) sieht man ein Beispiel für sehr fragwürdige Bewertungen. Hier wird auf BirdLife bezuggenommen mit der Aussage, dass das Areal am südlichen Eisnerkogel "ornithologisch geringe Windkraftsensibilität" habe, während wenige Kilometer nördlich UND wenige Kilometer südlich "sehr hohe" Windkraftsensibilität und Tabuzonen mit "sehr hoch prioritäten" Vogelarten existieren, so wird von Abteilung 17 geschrieben. Welche dies sind in den sehr nahen Arealen, und ob mit großem oder kleinem Revier, wird nicht gesagt, ebenso nicht deren Wanderverhalten. Ich kenne solche dubios klingenden Formulierungen aus Umweltgutachten in Ostösterreich, mit deren Prüfung ich mehrfach befasst war. Ohne das Areal selbst zu kennen, kann ich die Aussagen hier nicht genauer beurteilen, jedoch wirkt auf mich die Argumentation zu diesem größtenteils waldbedeckten Höhenrücken fachlich fragwürdig. Noch dazu, wo nördlich an die "Vorrangzone" gleich direkt eine Ausschlusszone im Gipfelbereich des Eisnerkogels anschließt, wie die Karte zeigt.

Das Foto auf Seite 51 ist typisch für solche Gutachten, man sieht nix: Der betreffende Berg ist weit entfernt, die im Umweltbericht genannten potenziell denkbaren vier bis fünf Windkraftanlagen werden nicht visualisiert, sodass die Auswirkungen auf das Landschaftsbild in keiner Weise zu beurteilen sind. Dies erinnert an Visualisierungen von Hochhausprojekten an UNESCO-Welterbestandorten, wo ich in den relevanten Gutachten jede Menge an optischen "Tricksereien" (Weitwinkel, große Entfernungen) erlebt habe.

Seite 53 erwähnt eine Korridorachse von Birk- und Auerwild entlang dieser "Vorrangzone", was mir zu denken geben würde. Ich selbst, zwar Biologe, aber kein Ornithologe, würde die Lebensraumstörung durch schwere Zufahrtsmaschinen zum Bau der riesigen Anlagen als problematisch ansehen. Wieso ein solcher Bereich dann "Vorrang"-Status hat, ist nicht nachvollziehbar. Ganz offensichtlich, weil man kaum geeignete Flächen für diese Großanlagen findet und somit "mäßige" Zerstörungen in Kauf nehmen will - wohl auch aufgrund des politischen Drucks aus Brüssel, wo die EU solche Maßnahmen erzwingen will.

Seite 55: Hier wird die visuelle Wahrnehmbarkeit thematisiert. Es wäre wohl der Abteilung von DI Harald Grießer zuzumuten gewesen, einige Visualisierungen zu den Vorrangzonen anzufertigen. Das ist ja nicht schwer, außer man will nicht, oder man hat den politischen Auftrag der Landesregierung, irgendwelche Vorrangzonen zu "liefern".

BEISPIEL 08

schlampige Vorort-Beurteilung durch die Abteilung 17: Beim folgenden Fall einer "Vorrangzone" ("Floning", Umweltbericht Seite 56 ff.) gibt sogar der Umweltbericht deutliche ("vertretbare") Verschlechterungen bei Fauna und Flora und Landschaft zu. Auch hier fehlt eine Visualisierung, und die Abteilung 17 hat sich für ihren Umweltbericht anscheinend nicht einmal die Mühe einer Vor-Ort-Begehung gemacht, zumal die Abbildung 10 auf Seite 58 von "Google Streetview" kopiert wurde. Auch hier ohne Größenvergleich, wie der Anblick von Großwindkraftanlagen auf diesem Höhenrücken optisch wirken würde.

BEISPIEL 09

Ich komme immer mehr ins Staunen, welches Elaborat hier als Grundlage des Verordnungsentwurfs verfasst wurde. Wenn ich auf Seite 67 blicke: **Rotmilan und lokal sogar Steinadler sind ein ABSOLUTES TABU für jegliche Windkraftanlagen in einem solchen Gebiet.** Man hat echt den Eindruck, dass hier krampfhaft nach Vorrangzonen gesucht wurde und jegliche ökologische Rücksicht hintangestellt wird. Wo Rotmilan oder Steinadler vorkommen, sind Windkraftanlagen niemals "vertretbar", niemals eine "vertretbare Verschlechterung". Auch die hier genannte Fledermausfauna verursacht schwerste Bedenken dagegen, dass dies hier als "Vorrangzone" bezeichnet wird. Bin auch kein Fledermaus-Spezialist, aber *Barbastella barbastellus*, im Volksmund die "Mopsfledermaus" genannt, gilt als sehr empfindlich auf Störungen und ist selten geworden, da ihr Lebensraum (alte strukturreiche Wälder) immer seltener werden. Österreich hat zwar große Waldflächen, viele davon sind aber sehr heftig, zu intensiv, forstlich genutzt, sodass Altholzbestände selten werden. Die Art ist auf EU-Ebene streng geschützt. Sie war wegen der Gefährdung "Fledermausart des Jahres 2020/21" und ihr Bestand hat in niedrigen Lagen deutlich abgenommen. In höheren Lagen schaut es besser aus, umso mehr aber dürfen nicht zusätzliche Gefährdungsmomente inkauf genommen werden. Auch die Wimperfledermaus ist europaweit streng geschützt (etwa nach der FFH-Richtlinie) und sollte nicht irgendwelchen technokratischen Gipfelverbauungen geopfert werden.

BEISPIEL 10

Die Vorrangzone "Hauereck" (Umweltbericht Seite 71 ff.) zeigt mindestens zwei problematische Facetten. Einerseits zeigt die Abbildung 13 auf Seite 71, dass die Vorrangzonen ganz dicht angrenzend an Tabuzonen ("Ausschlusszonen") konzipiert wurden. Somit scheint hier bereits auf den ersten Blick eine fragwürdige Standortwahl zu bestehen. Ein zweiter Aspekt, der sofort auffällt, ist die historische und tourismus-relevante Bedeutung der Gegend: Knapp westlich der Hauptstraße befindet sich die "Waldschule" und ein Stück weiter das Geburtshaus von Peter Rosegger. Auch wenn dessen Bücher vielleicht nicht mehr als modern gelten, so standen seine Geschichten doch irgendwie auch für eine idyllisch erhaltene Natur- und Kulturlandschaft. Genau dies wird aber durch monströs große Windkraftanlagen beeinträchtigt: Diese sind u.a. östlich vom Allitschgraben, auf der Kathreiner Alm und hinüber bis zum Modertörl vorgeschlagen. Man kann davon ausgehen, dass dies eine starke Veränderung des Landschaftsbildes bedeutet. Einerseits will man dort mit dem "Alpl-Resort" Touristen und Familien anlocken, und andererseits sollen dann auf den befestigten Forststraßen dahinter die großen Baumaschinen für die riesigen Maste und Rotorblätter fahren. Auf Seite 76 unten wird argumentiert, dass man dort eh schon viele zerstörerische Eingriffe gemacht habe (Abbaugelände, Skigebiete und bereits bestehende Windparks, die eine "Vorbelastung" darstellen). Die Vorrangzone an sich habe eine "geringe Landschaftsqualität", obwohl dann

zugegeben wird, dass der Traibachgraben gleich daneben eine "hohe Schutzwürdigkeit" habe. Dann wird argumentiert, dass der Höhenrücken mit den künftigen Windkraftanlagen "keine landschaftliche touristische Attraktion" darstelle, man habe auf den Fischbacher Alpen eh schon viele Windenergieanlagen, und Alpl und Roseggers Waldheimat seien halt "regional bedeutende Freizeit- und Erholungsräume im direkten Umfeld der Vorrangzone" (sic!). Wieso ist den Autoren nicht klar, dass es bei der Landschaft um den weiteren Umkreis geht, also nicht nur um den Höhenzug selbst? Zu argumentieren, dass man vor Ort eh schon viel zerstört habe, und die Tourismus-Bereiche sehen eh irgendwie daneben und nicht direkt "am Höhenrücken", das ist doch unprofessionell. Die Abteilung 17 hätte hier besser arbeiten können.

BEISPIEL 11

Bei der Vorrangzone "Herrenstein" (Seite 78 ff.) gibt es einen bestehenden Windpark direkt angrenzend an ein Europa-Vogelschutzgebiet. Hier haben wir den Fall, dass eine bereits schlecht geplante Bebauung in einem ungeeigneten Gebiet nochmals durch Ausweitung der Vorrangzone in ihrer Schadwirkung verstärkt wird. Die Nähe zu Tabuzonen hoch prioritärer Vogellebensräume (siehe Seite 82) ist viel zu gering, 2 bis 3 Kilometer Distanz ist für Vögel (je nach Art) eine sehr geringe Distanz.

Es ist indiskutabel, wenn ich hier meine Zeit kostenfrei der Prüfung von Verordnungsnovelle und Umweltbericht zur Verfügung stellen soll, während die gut bezahlten Beamten der Abteilungen 13 und 17 und die zuständigen politischen Entscheidungsträger ein solches unbrauchbares Verordnungs-Machwerk durchdrücken wollen - aus welcher Motivation auch immer.

Den restlichen Teil des Umweltberichts hab ich nur überflogen, die Vorrangzonen sind dort teilweise noch wesentlich unsinniger geplant, etwa ein Gebiet (Stoffkogel, S. 96) direkt bei einem Naturschutzgebiet (Moorlandschaft). Außerdem werden hier (zu Recht) Kumulationseffekte mit bereits bestehenden Windparks hinsichtlich der Vogelfauna befürchtet. Wobei der Begriff "Windpark" ja auch irreführt. Man sagt ja auch nicht Autobahnpark, Industriepark oder Steinbruchpark, wenn es eine Ansammlung dieser technischen Landschaftseingriffe gibt.

Bei den Eignungszonen ab Seite 144 wird schlampigerweise weder die Höhenlage angegeben, noch gibt es irgendwelche Fotos, nicht einmal von Google Streetview arbeitssparsam beschafft.

Was die (unübersichtlichen) Kartenblätter betrifft, ist weiters nicht nachvollziehbar, **warum im Salzkammergut absolut unzureichende Ausschlusszonen festgelegt wurden**. Zwar ist der Altaussee mit Teilen seiner Umgebung geschützt, der Grundlsee mit seiner idyllischen Umgebung jedoch nicht, und sogar die Bergzüge nördlich vom Naturjuwel Toplitzsee sind kein Ausschlussgebiet, vgl.

https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/13013100_74836203/b6e8e5df/Anl2-01_A1.pdf

Ebenso sind Bereiche um Bad Aussee mit ihrem wichtigen Tourismus- und Landschaftspotenzial (Dachsteinhöhlen, etc.) KEIN Ausschlussgebiet. Es wäre hilfreich anzugeben, welches Blatt den südlichen Anschlussbereich abbildet, und auch die Legende ist nicht am selben Blatt angegeben. Ein schlampig gemachtes Kartenmaterial, zumal die Übersichtskarte zwar verständlich ist, aber mühsam zum

Nachblättern: https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/13013100_74836203/457b8bd9/Anl1_.pdf

Unfassbarerweise ist sogar die im Ennstal gelegene Ramsau mit ihren Anhöhen unmittelbar südlich der herrlichen Dachsteinkulisse NICHT als Ausschlussgebiet definiert, wie auf dieser Karte https://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/13013100_74836203/04ebc477/Anl2-06_B1.pdf

zu sehen ist. Offenbar will man sich alle Möglichkeiten offen halten, die Landschaft unseres Heimatlandes nachhaltig zu ruinieren.

Insgesamt lässt sich nach grobem Durchblättern bis Seite 85 des 180 Seiten starken Umweltberichts bereits jetzt sagen, dass dieser sich argumentativ nicht als Grundlage der künftigen steirischen Windkraft-Politik eignet, da er falsche oder verharmlosende Schlussfolgerungen zieht, um Vorrangzonen "durchzudrücken". Ein Armutszeugnis für die Abteilung 17 des Amts der Steiermärkischen Landesregierung. **DER UMWELTBERICHT IST SOMIT KEINE GEEIGNETE GRUNDLAGE für jegliche politische oder formalrechtliche Entscheidungen. WEITERS KANN DIE VERORDNUNGSNOVELLE IN KEINER WEISE ALS NATURSCHUTZFACHLICH UND RAUMORDNUNGSTECHNISCH AKZEPTABEL BEWERTET WERDEN.**

DIE VERORDNUNGSNOVELLE IST SOMIT (ebenso wie der Umweltbericht) ZURÜCKZUWEISEN und sollte gründlichst überarbeitet werden, um dann neuerlich geprüft zu werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Gerhard Hertenberger
Biologe, Umweltwissenschaftler, Publizist
1120 Wien